

Rhein-Nicht-Braun

rhein-nicht-
braun@riseup.net



Regelmäßig unregelmäßig erscheinend 28.11.2012

Mitmachzeitung

Zeitung aus dem und für den Braunkohlewiderstand

#0

Warum diese Zeitung? In dieser Ausgabe:

Wer in den letzten Tagen die Berichterstattung über den Braunkohlewiderstand in Medien wie dem Kölner Stadtanzeiger oder dem Express gelesen hat, der dem wird sich wohl direkt erschließen, warum wir ein Medium brauchen, mit dem wir selber Informationen verbreiten können. Deshalb wollen wir in regelmäßig unregelmäßigen Abständen diese Zeitung von und für den Braunkohlewiderstand herausgeben und verteilen. Die Zeitung ist als Mitmach-Zeitung geplant. Je mehr Leute sich also einbringen, desto öfters wird sie erscheinen und desto wertvoller wird sie werden.

Der Filz der Braunkohle.....	S.2
Räumung oder Rettung.....	S.2-3
Mehr als ein Tunnel.....	S.3
Wiederbesetzung in RWE-Landen...	S.4
Strahlender Tagebau.....	S.5
Beitrag zur Kostendebatte.....	S.5
Kapitalismus oder Welt.....	S.6

RWE zu Diensten?

Mit der Räumung der Besetzung im Hambacher Forst durch 600 Polizeibeamt_innen wurde eines offenbar: Zerstörerische Großprojekte wie der Braunkohleabbau im Rheinland sind nur autoritär mit Polizeigewalt durchführbar.

Doch durch das Vorgehen der Polizei vor, während und nach der Räumung wurde noch einiges mehr offenbar über die Verfasstheit von Staat und Polizei, was hier durch eine Rekapitulation verdeutlicht werden soll. Und das ist notwendig weil der entscheidende Teil der Medienlandschaft das Spiel von RWE und Polizei mitspielte. Auf die Verfilzung zwischen RWE und bestimmten Medien werden wir deshalb auch eingehen müssen.

Skandale der Polizei

- **Falschaussagen** über eingetretene Stützbalken während der Räumung und dadurch Vortäuschung einer Gefährdung für die Einsatzkräfte
- **Gefährdung** des Tunnel-Aktivisten durch Missachtung der kommunizierten Sicherheitsnotwendigkeiten
- **Misshandlungen** in Polizeigewahrsam
- **Zerstörung** von Eigentum der Besetzer_innen
- **Festnahme des Eigentümers** der Fläche der Neubesetzung auf seinem eigenem Grundstück
- **Abriss** von Hütten mit Polizeigroßeinsatz für die Beschlagnahmung von Totholz

Mehr auf Seite 2 und 3



Braunkohleabbau geht nur autoritär!

Warum wir weiter machen

Nur wenige Tage nach der Räumung der Besetzung im Forst haben wir erneut eine Fläche besetzt die abgebaggert werden soll für den Hambacher Tagebau. Der weitere Widerstand tut not, da es sich beim Rheinischen Braunkohlerevier um Europas größten Verursacher von CO2 handelt. **Wenn wir in Europa etwas gegen den Klimawandel unternehmen wollen sollten wir nicht auf China schimpfen sondern RWE stoppen!**

Außerdem müssen wir uns gegen Verhältnisse zur Wehr setzen, in denen für die Profite eines Konzerns die Gesundheit von Hunderttausenden zerstört wird, genauso wie eine gesamte Region, samt ihrer Dörfer, Wäldern und Landwirtschaft. Wir wollen eine Entscheidung über solche Projekte von unten. Wir wollen eine Selbstermächtigung der Einzelnen.

Neben der neuen Besetzung bei Moschenich sind viele weitere Aktivitäten geplant. Nächsten Sommer wird es eine Energiekämpfe-Karawane geben, die im Rheinland beim überregionalen Klimacamp endet.

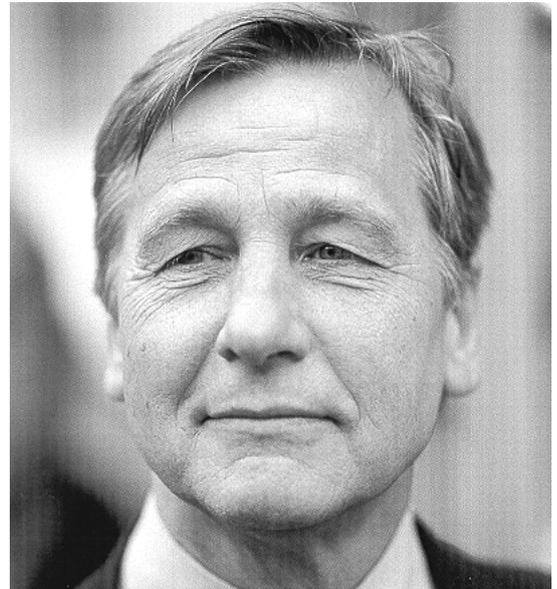
RWE, Staat und Du Mont: Der Filz der Braunkohle

Um den Filz des Braunkohleabbaus zu umreißen, wollen wir zu Beginn den Blick richten auf eine Person, die wohl alle kennen werden: Wolfgang Clement, sowohl ehemaliger Ministerpräsident von NRW als auch und Bundes-Wirtschaftsminister. Mit einem Gehalt von 20.000 Euro als RWE Aufsichtsrat, ist Clement seit geraumer Zeit DER multiple Super-Lobbyist für RWE und die Braunkohle.

Als Bundeswirtschaftsminister fiel Clement vor allem durch seinen Einsatz für Braunkohlesubventionen auf nachdem er zuvor als Ministerpräsident von NRW auf Landesebene für ein „gutes Klima“ für die Braunkohleförderung zuständig war. Doch die Verknüpfung von staatlicher Macht und ökonomischem Interesse in seiner Person reicht Clement nicht aus. Sein drittes Standbein ist die Stimmungsmache und die diskursive Durchset-

zung. Schon vor seiner Karriere als Politiker war Clement Chefredakteur des Hamburger Abendblattes (Verlagshaus DuMont). Von 2006 bis 2008 war er im Aufsichtsrat von DuMont, dem – oh Wunder – die Zeitungen „Kölner Stadtanzeiger“ und „Express“ gehören. Seine zig Mitgliedschaften in neoliberalen Verbindungen oder Aufsichtsräten anderer Unternehmen aufzuzählen würde hier den Rahmen sprengen. Wobei es sicherlich interessant wäre, die genauen Funktionen der Seilschaften über ihn zu erforschen.

Hier reicht aber erst einmal die Verbindung von staatlicher Macht – ökonomischem Interesse – und diskursiver Macht, sinnbildlich aber auch real in einer Person verkörpert zu sehen. Die Dreifaltigkeit die bei der Räumung des Hambacher Forstes skandalös auftrat lautet dementsprechend: Polizei, RWE und DuMont Medien (plus ähnliches).



Wolfgang Clement vereint alle 3 Aspekte des Filzes in seiner Person: diskursive Macht, die Macht des Staates und das ökonomische Interesse

Wie der Filz aus einer peinlichen Räumung eine Rettung machte

Am zweiten Tag der Räumung fand die Polizei etwas, auf das aus Sicherheitsgründen bereits am Morgen des ersten Räumungstages hingewiesen worden war und das sie trotz der Masse an Einsatzkräften recht alt aussehen ließ: Ein Blockadetunnel, 6 Meter unter der Erde, in dem sich ein Aktivist verschanzi hatte. Die Polizei hatte keine Ahnung wie sie damit umgehen sollte und beging in ihrem planlosen Vorgehen viele massive Sicherheitsgefährdungen, trotz einer genauen Kommunikation was gefährlich ist. Wo ihr Plan zur Räumung eher mangelhaft ausgetüftelt war, legte die Polizei mehr Ehrgeiz in einen anderen Plan; nämlich einen der auf die öffentliche Wahrnehmung dieser Aktion zielte. Es durfte nicht sein, dass die Polizei in der Öffentlichkeit von einem einzelnen Aktivist über Tage hinweg an der

Nase herumgeführt wird. Deshalb sollte das Ganze als Katastrophe herüberkommen. Die Polizisten wurden von den planlosen Tollpatschen der staatlichen Räumung zu den Helden der Rettung. Der Tunnel wurde von der gut geplanten Aktion zur gefährlichen Verschüttung. Der Aktivist wurde von einem, der die Strapazen der Räumung auf sich nimmt zur Rettung des Waldes und des Klimas, zum Irren, der nicht an seiner eigenen Rettung mithelfen will.

Der Plan ging medial auf. Aber welchen Tricks bediente er sich? Zuerst einmal arbeitete die Polizei mit einer Änderung der Wortwahl. Polizeisprecher Hamacher benutze so oft wie möglich die Begriffe Rettung und Lebensgefahr. Wer sich in Lebensgefahr befindet und warum sollte bewusst suggestiv bleiben. Tatsächlich bestand nämlich erst

dadurch Lebensgefahr dass die Polizei sich nicht an die kommunizierten Sicherheitsstandards hielt.

Als erstes übernahm der Kölner Stadtanzeiger den veränderten Wortlaut. In dem Artikel „Räumung wird zur Rettung“ heißt es „Aus der Räumung des Hambacher Forstes ist mittlerweile eine lebensgefährliche Rettungsaktion geworden.“ Eine Begründung, die nur auf einer veränderten Faktenlage hätte beruhen können, wurde nicht gegeben. Tags zuvor wurde noch getitelt: „Aktivist harrt in Tunnel aus“. Andere Medien übernehmen die neue Darstellung.



Dann, am vierten Tag der "Rettung" wird der mediale Todesstoß für die Aktion eingesetzt: Um 14 Uhr verbreitet der Polizeisprecher Hamacher, dass der Aktivist ins Hintere des Tunnels geflohen sei, als die „Rettungskräfte“ bei ihm angekommen seien. Minuten später (und genau diese Zeit ist interessant; warum kamen die Informationen nicht zusammen?) wurde folgendes verkündet: „Neue Details zur unglaublichen Flucht des dreisten Ökos: Als sich die Rettungskräfte seiner „Höhle“ näherten, trat er die Stützpfeiler um, verkriecht sich seitdem in einem ungesicherten Nebengang.“ (Express).

Wieder einige Zeit später wurden aus den umgetretenen Stützpfeilern dann eine Lebensgefährdung für die „Rettungskräfte“ (eig. Räumungs-

kräfte).

Nun war die mediale Hetzjagd eröffnet, als Ersatz für die realen Erfolge bei der Räumung. DuMont ermittelte mit allen legalen und illegalen Methoden nach schmutzigen Details über den Aktivist.

Der Polizeisprecher Hamacher legt nach und erklärt den Aktivisten kurzerhand für verrückt: „Es sieht so aus als ob er nicht das tut, was man von einem normalen, rational denkendem Menschen erwarten würde zu tun.“ Der WDR sendet das.

Ebenfalls gegen Ende der Räumung wird das erste Mal die Frage gestellt wer die Kosten des Einsatzes zahlen soll. Die Du-

Mont Medien und die NRW-CDU versteifen sich auf diese Frage, ohne zu merken wie blöd diese Propaganda ist: Denn eigentlich wäre es nur logisch wenn RWE diese Kosten übernimmt. Wenn es der Staat übernimmt, ist es hinzuzurechnen zu den Milliarden an Subventionen die RWE sowieso schon staatlicherseits erhält, und dann ist das zu skandalisieren.

All diese eröffneten Nebenschauplätze und die Verdrehungen sorgten dafür, dass überhaupt nicht mehr darüber berichtet wurde, dass es sich um eine sehr erfolgreiche Blockadeaktion handelte, mit der die Polizei überfordert war. Ebenfalls geriet RWE komplett aus der Sicht während der Räumung Das alles ist nur möglich gewesen im Zusammenspiel von RWE, Polizei und Medien (mit dem DuMont Konzern voran, zeitweise spielte aber auch der WDR eine unheimliche Rolle).

Mehr als ein Tunnel - mehr als ein "Irrer"

Der Grund warum Polizei, RWE und Medien versuchten die Blockadeaktion des Tunnels als die Tat eines einzelnen "Irren" darzustellen ist klar: Diese Technik des Widerstandes ist so effektiv, dass der Braunkohleabbau nicht weiter durchzuführen wäre, wenn diese Form des Widerstandes Schule machen würde. Also muss die Tat als isolierte Tat eines Einzelnen herüberkommen, um nicht den Gedanken zu erzeugen, dass es möglich wäre, Teil dieses effektiven Widerstandes zu werden. In Wirklichkeit aber war die Blockadeaktion alles andere als "irre": Sie war gut geplant und äußerst erfolgreich. Außerdem war die Verteidigung des Waldes mehr als nur die Tunnelblockade. Hunderte Aktivist_innen haben das halbe Jahr über effek-

tive Blockadetechniken vorbereitet. Über 20 Aktivist_innen wurden aus den Bäumen und vom Boden geräumt, teilweise in Beton-Lock-Ons festgekettet. Es geht also um Aktionsformen die umso effektiver werden, umso mehr Menschen sie anwenden. Deshalb hat die Gegenseite Angst davor, dass "normale Menschen" den Gedanken fassen könnten "warum machen wir das nicht auch?". Sicherlich ist nicht jede_r bereit sich aus einem Tunnel retten zu lassen, aber in irgend einer Form kann jede_r solche direkten Taktiken unterstützen. Auf dass wir nächstes Mal 10 Mal so viel sind. Und das übernächste Mal hundertmal so viele. Und das nächste Mal darauf gibt es RWE nicht mehr.

Bring dich ein für die nächste Ausgabe

Diese erste Ausgabe von Rhein-Nicht-Braun ist spontan entstanden als Reaktion auf die organisierte Verbreitung von Falschinformationen und einer Haus- und Hof-Berichterstattung in den Interessen von RWE, durch einen Großteil der Medienlandschaft. Wir wollten unsere Sicht der Dinge darstellen, die vermutlich etwas näher dran ist an dem was faktisch geschah. Es ist aber nicht so, dass die Berichterstattung während und nach der Räumung ein Einzelfall wäre. Medien, die ihr Geld aus den Anzeigen der Konzerne generieren (in diesem Fall natürlich RWE) neigen dazu, diese Aufträge nicht durch eine unliebsame Berichterstattung zu gefährden (wessen Brot ich ess - dessen Lied ich sing). Hinzu kommt aber, dass es in der Struktur der Medien schon angelegt ist, dass wenige Meinung für Viele machen. Medienmachende sind Teil der gesellschaftlichen Elite und haben so ihre

spezielle, privilegierte Sicht auf die Dinge, die die unterprivilegierten nur zu oft schlucken müssen aus Mangel von Informationsweitergabe von unten.

Es gilt also Medien aufzubauen, in denen eine gleichberechtigte Informations- und Wissensweitergabe möglich ist, und alle einen Zugang dazu haben. In diesem Sinne ist der Versuch dieser Zeitung zu sehen. Schwerpunktmäßig wollen wir uns zwar auf den Braunkohlewiderstand fokussieren; was aber alles möglich ist, bestimmen diejenigen, die sich einbringen. Wir laden also alle Aktiven aus dem Braunkohlewiderstand ein, sich zu beteiligen, aber auch Leute die über diesen Tellerrand hinausblicken wollen.

Wenn ihr Artikel habt, schreibt uns an: rheinnichtbraun@riseup.net. Genauso wenn ihr Fähigkeiten habt die ihr bei der Gestaltung der Zeitung einbringen könnt, oder euch konzeptionell beteiligen wollt.



Wiederbesetzung ...

Am Montag, nur 3 Tage nach Ende der 4-tägigen Räumung des Hambacher Forstes ist die Wiederbesetzung gelungen. Eine Wiese am Rande des Waldes, die ebenfalls dem Braunkohletagebau zum Opfer fallen wird wurde bezogen. Dies ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass der Widerstand sich weder mit bewussten Fehlinformationen, noch mit brutaler Polizeigewalt und auch nicht mit medialer Kriminalisierung beenden lässt. Egal was sie machen, wir werden nur stärker. Und das haben die letzten Tage beeindruckend gezeigt; Der Widerstand ist zusammengerückt und gleichzeitig in die Breite gegangen.

Am gleichen Tag wurden morgens auf einer Pressekonferenz noch einmal die Motivationen der Waldbesetzer_innen dargelegt: Von den globalen Auswirkungen, wie Klimawandel und damit zusammenhängend Kriege, Vertreibung, Verknappung von Ressourcen, genauso wie die lokalen Auswirkungen wie Feinstaub, Radioaktivität, Absenkung des Grundwassers, Zerstörung einer ganzen Region,...

Die Unterstützung seit der Wiederbesetzung ist enorm. Eine Massenbewegung gegen Braunkohle im Rheinland ist greifbar.



... peinliche Reaktionen der Polizei darauf ...

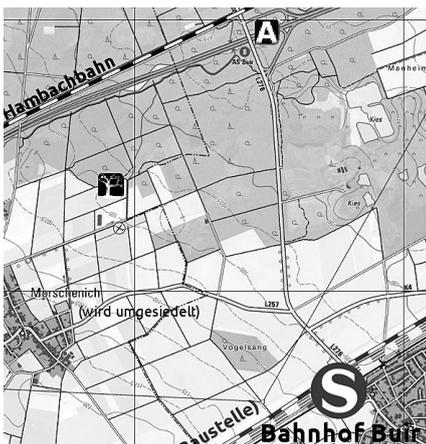
Zweiter Tag nach Wiederbesetzung: +++ Die Polizei kommt zur Besetzung und erzählt sie hätten eine Strafanzeige des Besitzers der Fläche über Hausfriedensbruch und würden jetzt räumen +++ Der Besitzer kommt zufällig vorbei und sagt er hätte keinesfalls Strafanzeige gestellt +++ Besitzer wird festgenommen wegen "Störung einer polizeilichen Maßnahme" +++ Presse berichtet von einem Versehen +++ ist die Polizei Rhein-Erft überfordert wenn sie prüfen soll ob es sich tatsächlich um einen Besitzer handelt der Strafanzeige stellt? +++ Oder erfindet sie einfach Strafanzeigen? +++

Fünfter Tag nach Wiederbesetzung: +++ Polizei kommt erneut mit Großaufgebot +++ erzählt diesmal es würde einen Verdacht auf Diebstahl geben +++ es gehe um Totholz aus dem Wald +++ reißt mit RWE Gerätschaft Hütten ab +++ nimmt das Holz mit zur Beweissicherung +++ Kölner Stadtanzeiger schreibt bloß dass es einen Verdacht auf Diebstahl gebe +++ Niemand stellt die Frage ob es nicht überzogen ist für Totholz einen Großeinsatz zu starten +++

... und militante Reaktionen der RWE-Securities

Mit abgeklebtem Nummernschild fuhr die RWE-Securitie zum Feld, fuhr die Markierungen um, pöbelte herum ... ein Helikopter landete viel zu nah an der Besetzung und flog viel zu tief über die Besetzung drüber ... um einzuschüchtern ... am nächsten Morgen war die Attac-Mahnwache mit einer Axt zerschlagen.

Das alles ist nicht nett, aber es macht die Gewaltverhältnisse in der Region anschaulich, und das ist ein Fortschritt.



Wegbeschreibung zum neuen Camp



Polizei nimmt Besitzer auf eigenem Grundstückes fest

Beitrag zur Kostenfrage

Ein Brief des Netzwerks Bergbaugeschädigter an Herrn Kruse, der die tolle Idee hatte mit den Kosten der Räumung Stimmung gegen Braunkohleleger_innen zu machen:

Sehr geehrter Herr Kruse, mit Interesse habe ich Ihren Artikel über die Waldbesetzer gelesen und war sehr erstaunt, dass Sie das Verursacherprinzip geltend machen wollen. Seit Jahren pochen wir auf das Verursacherprinzip bei den Schäden und Auswirkungen durch den Tagebau Hambach bzw. RWE. Dieses Recht nach dem Verursacherprinzip wird uns gerade durch den Landtag NRW verwehrt.

Als Grubenrandbewohner am Tagebau Hambach in Elsdorf müssen wir mit den Auswirkungen des Tagebaus leben. Ich möchte Ihnen einige aufzählen:

- Um den Tagebau herum wird bis auf 800 Meter Tiefe gesümpft. Dadurch sacken die Orte ab. Elsdorf-Berrendorf ist bereits um 4,30 m abgesackt. Dabei entstehen natürlich Bergschäden. Verursacher RWE ?
- Täglich bekommen wir durch die Sophienhöhe und den Tagebau Sand und Dreck in und um unsere Häuser geweht. Terrassen lassen sich bereits nicht mehr reinigen durch den im Schmutz enthaltenen Kohlestaub. Ver-

ursacher RWE ?

- Wir haben Tag und Nacht (also rund um die Uhr) Lärm, er liegt nachts bei ca. 50 db. Verursacher RWE ?
- Wir müssen täglich Feinstaub einatmen, der unsere Gesundheit gefährdet (der Tagebau emittiert täglich 130 Tonnen Feinstaub). Verursacher RWE ?
- Wir haben erhöhte Radioaktivitätswerte durch den Tagebau. Verursacher RWE ?
- Unser Lebensraum wird vernichtet, es wird einfach alles abgebaggert und abgeholzt. Verursacher RWE ?
- Wir Anwohner fordern seit Jahren rückhaltlose Aufklärung und Entschädigungen von RWE genau nach Ihrem Verursacherprinzip.

Herr Kruse, urteilen Sie mit zweierlei Maß? Ist das Ihr Grundsatz, bei RWE das Verursacherprinzip nicht geltend zu machen sondern nur bei der Bevölkerung?

Übrigens, der Polizeieinsatz mit 5 Hundertschaften für 22 friedliche Waldbesetzer war unverhältnismäßig.

Wann müssen denn die Fußballvereine für den regelmäßigen Polizeieinsatz zahlen?

Diese unterschiedliche Meinung hätten wir gerne von Ihnen erklärt.

Mit freundlichen Grüßen, Karl Heinz Ochs

Vorsitzender Initiative Bergbaugeschädigter 50189

Strahlende Gefahr Braunkohle

Text von BUND: Während die Problematik der Feinstaub-Belastung durch den Tagebau inzwischen erkannt wurde, gehört die Radioaktivität aus den Tagebauen noch immer zu den verschwiegenen Gefahren. Weithin bekannt ist, dass Kohlekraftwerke nicht unerhebliche Mengen an radioaktiven Isotopen ausstoßen. Auch die Problematik radioaktiv belasteter Grubenwässer aus Steinkohlezechen wird seit langem diskutiert. Dass aber auch die Braunkohlentagebaue zur „strahlenden Gefahr“ werden können, wird weiterhin weitgehend verschwiegen.

Die natürliche Radioaktivität ist im Rheinland eigentlich kein Problem. Erst mit den Braunkohlentagebauen wird sie zum ernsthaften Risiko. Über die Feinstäube und das Sumpfungswasser gelangen die radioaktiven Isotope ebenso in die Umwelt wie über die Kraftwerke.

Natürliche Radioaktivität im Tagebau

Uran und Thorium sind natürlich in der Erdkruste vorkommende radioaktive Metalle. Ihr geogenes („erdbürtiges“) Vorkommen beträgt je nach Beschaffenheit des Untergrundes im Mittel 2-3 g Uran/t bzw. 12-15 g Thorium/t. Die nachfolgenden Betrachtungen beziehen sich aus Gründen der Vereinfachung nur auf das Uran-238. Zöge man noch Thorium-232 und dessen Zerfallsprodukte hinzu, ergäbe sich daraus noch ein weitaus größeres Risiko.

Nach Angaben des Bergbaubetreibers RWE Power AG beträgt die Uran-Konzentration in der

Braunkohle und im Abraum jeweils etwa 0,25 g Uran/Tonne. Dies bedeutet z.B. für den Tagebau Hambach, dass bei Gewinnung von 40 Millionen Tonnen Kohle und 240 Millionen m³ Abraum (Dichte mit 1,3 angenommen) im Tagebau Hambach in 2002, innerhalb eines Jahres ca. 88 Tonnen Uran abgebaut, verfrachtet, zum einen Teil verkippt und zum anderen Teil der Verbrennung zugeführt werden.

Im Braunkohlenrevier des Rheinlandes werden pro Jahr etwa 460 Millionen Tonnen Abraum - d.h. Kiese, Sande und Tone - bewegt, um knapp 100 Mio. t Braunkohle zu fördern.

Nicht nur der Absetzer wirbelt viel radioaktiven Staub auf



Kapitalismus oder Welt

Neue Studie belegt, dass wir nur eines von beidem haben können

Es ist bereits wesentlich später, als bislang bekannt. Pünktlich zur Räumung der Ersten Waldbesetzung im Hambacher Forst, kommen nun die ersten Ergebnisse des aktuellen Berichtsentwurf des UN-Klimarats IPCC mit dem Titel „Klimawandel 2013: Die naturwissenschaftliche Basis“ der Neusten wissenschaftlichen Forschungen an die Öffentlichkeit.

Wir erinnern uns: Als im Winter 2007 der Vierte Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC der Vereinten Nationen veröffentlicht wurde war die Aufregung groß.

Ein Anstieg des Meeresspiegels; Schmelzen der Gletscher; häufigerer Starkregen; zunehmende Regenfälle in Nordeuropa; zunehmende Trockenheit im Mittelmeerraum; zunehmende Hitzewellen und heftigere tropische Stürme, wurden in dem Bericht als nur einige der bereits stattfindenden, wissenschaftlich nachgewiesenen Folgen der messbaren Klimaveränderungen aufgeführt.

Sowie der wissenschaftliche Nachweis dass diese Klimaveränderungen durch den Menschen verursacht wurden. Doch vor allem die im Bericht aufgeführten Zukunftsprognosen rüttelten die Menschen weltweit wach, die Notwendigkeit einer drastischen Reduzierung des Ausstoßes von klimaschädlichen Treibhausgasen wurden laut, die Regierungen reagierten mit dem Verkünden von vermeintlich ambitionierten Zielen.

Fünf Jahre später ist wenig passiert: Es gab einige gescheiterte internationale Verhandlungen, fragwürdige symbolpolitische Entscheidungen wie dem Verbot der Glühlampen, sowie ein stärkeres Betonen von Umwelt- und Klimafreundlichkeit in den Marketing-Abteilungen der Konzerne, auch als Greenwashing bezeichnet.

Hoffen wir, dass viele Menschen aus dieser Erfahrung gelernt haben, und spätestens mit dem öffentlich werden der Ergebnisse des fünften Sachstandsberichts merken, dass sie selbst aktiv werden müssen, um die fatale Klimakatastrophe ab zu wenden.

So stehe die Chance den Klimawandel auf zwei Grad zu begrenzen, selbst beim extrem ambitionierten und damit im momentanen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nicht umsetzbaren Best-Case-Szenario „RCP 2.6“, das eine massive Reduktion von Klimagasen annimmt, gerade mal bei 50%. Prognosen allerdings, die von einer radikalen Einsparung von Treibhausgasen ausgehen, die außerhalb einer wert-basierten kapitalistischen Wirtschaftsweise möglich wären, werden erst gar nicht als Möglichkeit - also als Szenario - genannt. Hier trifft wieder einmal zu: "Ein Kapitalismus ohne Welt scheint leichter vorstellbar, als eine Welt ohne Kapitalismus"

Die 2-Grad-Grenze ist die rote Linie im Klimaschutz, die allerdings nicht unkritisch gesehen werden darf, da sie im Kontext der derzeitigen globalen Machtverhältnisse zustande gekommen ist, bei denen diejenigen unterprivilegiert sind, die auch schon unter einer Erwärmung von 2° zu leiden haben. Sie ist das global anerkannte Limit, bis zu dem nach wissenschaftlich anerkannter Meinung der Klimawandel gerade noch zu beherrschen ist.

Die Lufttemperatur der Erde habe sich seit 1901 bereits um 0,8 Grad erhöht und das Schmelzen von Gletschern im Gebirge, in Grönland und der Antarktis führen zu einem

viel stärkerem Anstieg des Meeresspiegels als bislang angenommen. Weitere Folgen des Klimawandels sind die Gefährdung der Wasserversorgung, ein Verschieben der Vegetationszonen, die Verschlechterung der Ernährungssituation und zunehmende Wetterextreme.

Das System der globalen Meeresströme, unter ihnen der Golfstrom, könne sich um bis zu 30 Prozent abschwächen, werde allerdings in naher Zukunft nicht abreißen. Die Thesen, die Sonne treibe den Klimawandel hauptsächlich an, wie es etwa der RWE-Manager Fritz Vahrenholt in einem Buch behauptet, seien nach neuen Daten nicht zu halten, kosmische Einflüsse seien „zu schwach, um einen signifikanten Einfluss aufs Klima zu haben“.

Ursache für die Freisetzung der Treibhausgase ist zum größten Teil die Energiewirtschaft. In Deutschland beispielsweise, einem der größten Industrieländer, macht allein die Braunkohle 25% des Gesamt-CO2 Ausstoßes aus, davon kommt die Mehrheit aus dem Rheinischen Braunkohlerevier. Aber auch die industrielle Land- und Viehwirtschaft, die Zerstörung des tropischen Regenwalds und der Verkehr tragen große Mengen zum menschengemachten („anthropogenen“) Klimawandel bei.

Der Braunkohleabbau ist also nicht nur lokal, sondern durch den Klimawandel auch global, insbesondere eine soziale Frage, die Folgen laufen auf eine gigantische humanitäre Katastrophe hinaus.

Retten wir also, was noch zu retten ist, nehmen wir das Ruder selbst in die Hand, und lassen wir uns dabei nicht mehr einschränken, durch die Regeln die uns diejenigen aufsetzen, die tatenlos zuschauen, oder sogar selbst den Klimawandel massiv voran treiben. Wir alle können uns selbst zu Entscheidungsträgern machen, wenn wir uns selbst wieder als Faktor begreifen, und uns dabei gegenseitig unterstützen. Gemeinsam können wir den Abbau und die Verbrennung von fossilen Energieträgern stoppen, und uns selbst eine nachhaltige und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Energieversorgung aufbauen. Genau dies, bedeutet Klimaschutz von unten. Wie genau das aussieht, ist von Region zu Region völlig unterschiedlich, und muss durch Analysieren, Ausdiskutieren und Ausprobieren weiterhin von uns allen herausgefunden werden. So weiter wie bisher, darf es jedenfalls nicht gehen. Und dass muss es auch nicht, wenn wir uns alle einbringen, und offen sind für neue Wege.

